



### **Das Ende der Illusionen**

Drei Jahrzehnte nach dem Ende des Kalten Krieges erwacht Europa in einer Welt, die es selbst nicht mehr versteht. Die „Friedensdividende“ der 1990er Jahre wurde wie selbstverständlich konsumiert: man glaubte, Geschichte sei besiegt, Konflikte seien ein Relikt archaischer Zeiten, und wirtschaftliche Verflechtung garantiere Frieden. Deutschland wurde zum Paradebeispiel eines Landes, [das Wohlstand mit Einfluss und Handel mit Sicherheit verwechselte](#).

Doch die Realität der Gegenwart strafft diesen Glauben Lügen. Russland führt Krieg in Europa, China testet die Grenzen westlicher Ordnung, und die USA ziehen sich zunehmend auf sich selbst zurück. In dieser Lage erweist sich die europäische „Soft Power“ – also kultureller Einfluss, diplomatischer Ton und moralische Rhetorik – als schwaches Fundament. Wer sich nicht verteidigen kann, wird nicht ernst genommen.

Europa redet von Soft Power, obwohl Hard Power gefragt wäre. Es glaubt, moralische Autorität genüge, um Ordnung zu stiften, doch ohne die außenpolitische Dreifaltigkeit aus militärischer Stärke, wirtschaftlicher Souveränität und geistige Standfestigkeit bleibt Einfluss nur Fassade – ein Echo vergangener Größe. Macht, die sich nicht verteidigen kann, ist keine. Soft Power, losgelöst von Härte und Wehrhaftigkeit, wird zur schwachen Geste: schön anzusehen, aber wirkungslos, sobald andere die Regeln [brechen](#).

## Die deutsche Selbstentwaffnung – Moralismus als Außenpolitik

Die Jahre unter Angela Merkel markieren den Höhepunkt einer Politik, die moralische Selbstüberhöhung mit geopolitischer Weitsicht verwechselte. Deutschland hielt sich für einen „Zivilmacht-Staat“ – aufgeklärt, postnational, normativ. [In Wahrheit aber hat es sich Schritt für Schritt seiner strategischen Grundlagen beraubt.](#)

Erstens wurde die Energieversorgung leichtfertig an Russland delegiert. Ausgerechnet ein Land, das sich moralisch über Autokratien erhob, machte sich von Gazprom abhängig. Der Slogan „Wandel durch Handel“ erwies sich als Illusion: Nicht Russland wurde liberaler – Deutschland wurde abhängiger.

Zweitens verlegte man die industrielle Zukunft in chinesische Lieferketten. [Deutsche Außenpolitik](#) wurde zur Außenhandelsstrategie, die politische Naivität zur Tugend erklärte. Der Preis: Abhängigkeit von einem Systemrivalen, der strategisch denkt, [während Berlin nur bilanziert.](#)

Drittens schließlich kulminierte 2015 die moralische Selbstüberhöhung in der Migrationspolitik. Deutschland glaubte, durch Offenheit Größe zu zeigen – tatsächlich verlor es die Kontrolle über seine Grenzen. Aus einer humanitären Geste wurde ein strategischer Fehler, dessen Folgen Gesellschaft, [Sicherheit und Zusammenhalt bis heute prägen.](#)

Das Ergebnis: Ein Land, das moralisch predigte, aber politisch schwieg. Ein Land, das glaubte, Vorbild zu sein, und in Wahrheit zum warnenden Beispiel wurde. Deutschland wollte eine moralische Großmacht sein – und wurde zu einem machtpolitischen Zwerg.

Aus der Perspektive des Jahres 2026 wirkt die Festnahme Nicolás Maduros durch die US-Operation „Absolute Resolve“ wie der vorläufige Endpunkt einer längst erodierenden „regelbasierten Ordnung“. Völkerrechtler und internationale Institutionen werten den Einsatz nahezu einhellig als Bruch des Gewaltverbots: Das UN-Hochkommissariat für Menschenrechte spricht davon, dass die Intervention „einen grundlegenden Pfeiler des Völkerrechts“ untergrabe und die Welt unsicherer mache, weil sie die [Schwelle für einseitige Militäraktionen](#) senke. Chatham House kommt in einer ersten juristischen Bewertung zu dem Schluss, dass weder das Selbstverteidigungsrecht nach Art. 51 UN-Charta noch ein Mandat des Sicherheitsrats die Operation tragen – und damit [„keine Rechtfertigung im geltenden Völkerrecht“ besteht.](#) Völkerrechtsblogs wie *Just Security* und der *Völkerrechtsblog* warnen, dass die amerikanische Konstruktion eines „extraterritorialen Law-Enforcement-Einsatzes“ die Anti-Aggressionsnorm aushöhle: Wenn ein Staat nur noch weitreichende Strafverfahren und diffuse Sicherheitsbedrohungen konstruieren muss, um Gewalt anzuwenden, wird aus dem Gewaltverbot faktisch eine [Generalklausel für Machtpolitik.](#) Zugleich ist der venezolanische Präzedenzfall kein isoliertes Ereignis, sondern reiht sich ein in eine Entwicklung, in der große Mächte die angebliche „rules-based order“ systematisch unterlaufen: Russland hat mit der Annexion der Krim und dem Angriffskrieg gegen die Ukraine seit 2022 zentrale Normen der europäischen Sicherheitsordnung und des Völkerrechts offen gebrochen, was zahlreiche Studien als massive Belastung, wenn nicht als [Wendepunkt der Nachkriegsordnung beschreiben.](#) China verschiebt durch großangelegte Militärmanöver und „grauzonige“ Operationen rund um Taiwan die Grenzen des Zulässigen, unterläuft maritimrechtliche Normen und testet systematisch, wie weit sich die internationale Gemeinschaft provozieren lässt, ohne zu reagieren.

Vor diesem Hintergrund wirkt die europäische Beschwörung einer „regelbasierten internationalen Ordnung“ zunehmend weltfremd. Wie völkerrechtliche Literatur seit Jahren betont, war die „rules-based order“ immer eher ein politischer Deutungsrahmen westlicher Staaten als ein kohärentes, für alle Großmächte verbindliches Rechtsregime; ihre Geltung hängt von der freiwilligen Selbstbindung der Mächtigen ab – [und genau diese ist seit mindestens anderthalb Jahrzehnten im Zerfall begriffen.](#) Europa aber klammert sich an die Rhetorik der Regeln, ohne über die militärischen, industriellen und geistigen

Ressourcen zu verfügen, diese Regeln durchzusetzen – und bestätigt damit genau jene strategische Selbstentwaffnung, die in den Merkel-Jahren begann.

## Europas Schlafwandel – Die strategische Leere der EU

Was für Deutschland gilt, gilt in anderer Form für den gesamten Kontinent. Die Europäische Union präsentiert sich seit Jahrzehnten als „Zivilmacht“ oder „normative Macht“, die Konflikte durch Diplomatie, Recht und Handel löst, nicht durch Waffen – ein Selbstbild, das auf Konzepten wie „civilian power Europe“ (Duchêne) und „normative power Europe“ (Manners) beruht. Doch die Welt von 2026 folgt immer weniger den Regeln Brüsseler Konferenzen. In einer Ordnung, in der Großmächte offen Machtpolitik betreiben, wirkt die EU wie ein Akteur, der in der Sprache der Normen verharrt, während andere längst in der Grammatik der Macht sprechen.

Die EU spricht von „strategischer Autonomie“, während sie in den entscheidenden Bereichen – Energie, Verteidigung, Schlüsseltechnologien – weiterhin von externen Akteuren abhängig bleibt. Zwar ist die Verteidigungsausgaben der europäischen NATO-Staaten seit 2022 massiv gestiegen und lagen 2024 zusammen bei rund 454 Milliarden US-Dollar, doch die USA tragen nach wie vor gut zwei Drittel der NATO-Militärausgaben. Studien weisen zudem darauf hin, dass Europa bei High-End-Fähigkeiten – Luftverteidigung, Aufklärung, Transport, Präzisionswaffen – in hohem Maße von US-Technologie und US-Lieferungen abhängig bleibt. Im Konflikt mit Russland zeigte sich diese Ohnmacht in aller Klarheit: Ohne amerikanische Waffenprogramme und Geheimdienstinformationen hätte die Ukraine die ersten Kriegsjahre kaum überstanden. Der Ukraine Support Tracker des Kieler Instituts weist aus, dass die USA bis Frühjahr 2024 militärische Hilfen in Höhe von über 50 Milliarden Euro zugesagt hatten – mehr als alle europäischen Staaten zusammen.

Während Europa über Werte diskutiert, handeln andere mit Interessen. Russland setzt seit Jahren Energie als Waffe ein: Nach dem Überfall auf die Ukraine wurden die Pipeline-Lieferungen nach Europa mehr als halbiert, was Brüssel zu hektischen Notfallplänen zwang. Die EU hat zwar ihren Anteil russischer Gasimporte von etwa 45 % im Jahr 2021 auf rund 19 % im Jahr 2024 gesenkt, doch der Preis ist hoch: eine wachsende Abhängigkeit von liquefiziertem Erdgas (LNG), volatilen Weltmarktpreisen und neuen Lieferanten. Der Chef der Internationalen Energieagentur spricht offen von „monumentalen Fehlern“ der europäischen Energiepolitik – Überabhängigkeit von russischem Gas und vorschneller Rückzug aus der Kernenergie – die Europa gegenüber den USA und China strukturell ins Hintertreffen gebracht haben.

China wiederum kauft nicht nur europäische Industrieunternehmen, sondern hat sich in strategische Knotenpunkte der maritimen Infrastruktur eingekauft: Häfen wie Piräus, Zeebrugge oder Valencia sind teilweise oder mehrheitlich in der Hand chinesischer Staatskonzerne, wie Studien des Europäischen Parlaments und jüngere sicherheitspolitische Analysen zeigen. Damit entstehen Abhängigkeiten bei Logistik, Lieferketten und kritischer Infrastruktur, die sich in einer Krise schnell in politische Erpressbarkeit übersetzen können. Die Türkei verfolgt derweil eine eigenständige, zunehmend revisionistische Regionalpolitik im östlichen Mittelmeer, im Südkaukasus und auf dem Westbalkan – oft in direktem Konflikt mit europäischen Interessen und ohne nennenswerte Gegenreaktion der EU. Europa hingegen diskutiert Ethikleitlinien, Abkommenstexte und Symbolpolitik – von „Global Gateway“ bis Menschenrechtsklauseln –, während Umsetzung, Ressourcen und Durchsetzungsfähigkeit deutlich hinter den Ankündigungen zurückbleiben.

Diese Asymmetrie ist gefährlich: Sie macht Europa zum Objekt fremder Machtprojektion. Wer keine Hard Power besitzt, wird zum Spielfeld derer, die sie besitzen. Der Krieg in der Ukraine, die Spannungen im Indo-Pazifik und der weltweite Rüstungsboom zeigen, wie schnell normative Rhetorik an ihre Grenzen stößt, wenn sie nicht von militärischen Fähigkeiten und industrieller Basis unterfüttert wird. SIPRI weist 2024 einen historischen Höchststand der weltweiten Militärausgaben aus; [der stärkste Zuwachs kam aus Europa, doch von einer geschlossenen europäischen Verteidigungspolitik kann keine Rede sein](#). Die EU ist formell auf dem Weg zur „geopolitischen Union“, wie Kommissionspräsidentin von der Leyen betont, aber wissenschaftliche Analysen bilanzieren, dass ihr strukturell weiterhin die Merkmale eines echten machtpolitischen Akteurs fehlen: ein einheitliches Kommando, eine konsolidierte Rüstungsbasis, ein klar definierter politischer Wille.

Zwar haben die EU und ihre Mitgliedstaaten seit 2022 erste Schritte zu einer strategischen Neuaufstellung unternommen – vom „Strategischen Kompass“ über neue Verteidigungsfonds bis hin zu Programmen zur engeren Verflechtung der europäischen und ukrainischen Rüstungsindustrie. [Der Verteidigungshaushalt der EU-Staaten ist seit Kriegsbeginn deutlich gewachsen, und der Europäische Rat diskutiert offen über eine dauerhafte Verdoppelung der gemeinsamen Verteidigungsinvestitionen](#). Doch der Befund bleibt ambivalent: Die Aufrüstung erfolgt fragmentiert, national und häufig unkoordiniert; europäische Projekte konkurrieren mit US-Beschaffungen, und selbst innerhalb der EU stehen industrielle Eigeninteressen der viel beschworenen „Souveränität“ im Weg.

Soft Power ist nur dann wirksam, wenn sie auf harter Macht ruht – auf Souveränität, Wehrhaftigkeit und dem Willen zur Selbstbehauptung. Eine Union, die weiterhin normative Predigten hält, ohne ihre sicherheitspolitische und industrielle Basis konsequent zu stärken, wird in der Welt von 2026 nicht zum Vorbild, sondern zum Lehrbeispiel: ein Kontinent, der an seine eigenen Regeln glaubt, während andere längst nach den Regeln der Macht spielen.

## **Die neue Weltordnung – Macht ersetzt Moral**

Die Weltordnung der Moderne seit 1990, jene „liberale Ordnung“, auf die sich Europa jahrzehntelang stützte, zerfällt sichtbar. Politikwissenschaftliche Analysen sprechen längst von einer *post-liberalen* oder *multipolaren* Ordnung, in der die universalen Ansprüche des Westens von konkurrierenden Ordnungsentwürfen Russlands, Chinas und anderer Mächte offen [in Frage gestellt werden](#). Die USA, einst unangefochtener Garant westlicher Stabilität, richten ihren strategischen Fokus zunehmend auf den indo-pazifischen Raum – und sind gleichzeitig durch eine tiefe innenpolitische Polarisierung geschwächt, [die ihre außenpolitische Verlässlichkeit erodiert](#). Der Konflikt zwischen Washington und Peking prägt das 21. Jahrhundert, wie zahlreiche Studien zur US-China-Konkurrenz festhalten: Europa ist darin überwiegend Zuschauer, nicht Gestalter, oft Objekt von „bindenden“ und „keiltreibenden“ Strategien beider Seiten.

Russland hat unterdessen demonstriert, dass es bereit ist, mit Gewalt Tatsachen zu schaffen. Die Annexion der Krim 2014 und der Großangriff auf die Ukraine seit 2022 markieren nicht nur einen Bruch der europäischen Sicherheitsordnung, sondern einen offenen Angriff auf die Idee, [dass Grenzen in Europa sakrosankt seien](#). Analysen aus der Sicherheitsforschung betonen, dass Moskau diesen Schritt nur deshalb wagte, weil es die Abschreckungsfähigkeit und Entschlossenheit des Westens, nach Jahren militärischer Abrüstung, „Kriegsmüdigkeit“ und normativer Selbstberuhigung als begrenzt einschätzte. Die Kombination aus westlicher Rhetorik und realer Zurückhaltung signalisierte: Sanktionen ja, ernsthafte Machtprojektion eher nein.

China agiert anders, aber nicht weniger machtbewusst: mit Geduld, Kapital und strategischer Planung. Die „Belt and Road“-Initiative ist längst mehr als ein Infrastrukturprogramm; sie verbindet finanzielle

Abhängigkeiten, logistische Knotenpunkte, politische Zugeständnisse und kulturpolitische Narrative – klassische Smart Power im Sinne einer Kombination von Hard und Soft Power. In Afrika, Asien, Lateinamerika – zunehmend aber auch in Europa, schafft Peking Fakten: Häfen, Bahnlinien, digitale Netze und finanzielle Verstrickungen, die in Krisenzeiten in politischen Druck übersetzbar sind. Während China so seine eigene Ordnungsvorstellung propagiert – betont souveränistisch, weniger universalistisch, offen multipolar – diskutiert Europa über [„regelbasierte Ordnung“ und verwechselt nüchterne Interessenpolitik mit Zynismus.](#)

Die Wahrheit ist unbequem: In einer Welt multipler Machtzentren zählt Moral ohne Stärke nichts. Die globale Rüstungsdynamik unterstreicht diesen Befund. Nach ausgewerteten Daten des SIPRI ist die weltweite Militärausgabenkurve seit einem Jahrzehnt ununterbrochen steigend; 2024 lagen die Ausgaben bei rund 2,7 Billionen US-Dollar – ein Rekordwert, getrieben von der Konkurrenz [der Großmächte und dem Krieg in der Ukraine.](#) Während andere in Hard Power investieren, klammert sich Europa an moralisierende Sprache. Wer keine Macht projizieren kann, wird zum Objekt fremder Ordnung; zum Testfeld für die Strategien anderer. Die vielbeschworene „regelbasierte Weltordnung“ existiert faktisch nur noch als rhetorischer Bezugspunkt derer, die weder die Regeln setzen noch sie durchsetzen können.

Wenn Deutschland und Europa nicht in die Bedeutungslosigkeit abrutschen wollen, müssen sie den Realismus wiederentdecken; nicht als kalte Machtgier, sondern als Voraussetzung politischer Mündigkeit. Realismus heißt in dieser Lage: die eigenen Interessen klar zu benennen, militärische und industrielle Fähigkeiten aufzubauen und die Verteidigung der eigenen Ordnung nicht an andere auszulagern. Ohne die Fähigkeit, sich und die eigenen Werte selbst zu verteidigen, verkommen diese zu leeren Chiffren in einer Welt, in der andere Mächte längst nicht mehr vorgeben, sich an die alten Regeln gebunden zu fühlen. Die eigentliche Frage lautet daher: Wollen wir, dass die Zukunft unserer offenen, liberalen Demokratien von Akteuren wie Xi oder Putin mitdefiniert wird? Oder sind wir bereit, den Preis der Selbstbehauptung zu zahlen?

### **Wege aus der Schwäche – Vom Zuschauer zur gestaltenden Macht**

Der Weg zurück zur geopolitischen Handlungsfähigkeit beginnt mit einem einfachen Bekenntnis: Interessen sind nichts Unanständiges. Ein Staat, der seine Interessen nicht formuliert, wird von anderen definiert.

**Erstens:** Deutschlands Verteidigungsfähigkeit muss wieder Priorität haben. Sicherheit ist keine Budgetfrage, sondern Existenzfrage. Eine Bundeswehr, die weder ausrüstet noch abschreckt, ist Symbolpolitik, keine Strategie.

**Zweitens:** Strategische Industrien gehören in europäische Hand. Wirtschaftliche Souveränität ist die Grundlage politischer Freiheit.

**Drittens:** Kontrolle über Migration und Demographie ist sicherheitspolitische Pflicht, nicht moralische Option. Ein Staat, der seine Grenzen nicht kontrolliert, verliert die Grundlage seiner Handlungsfähigkeit nach innen wie außen.

**Viertens:** Geistige Selbstbehauptung. Kultur- und Bildungspolitik müssen den europäischen Wertekanon nicht verwalten, sondern verteidigen. Ein Kontinent, der seine Identität relativiert, wird seine Interessen nie behaupten können.

Europa braucht keine Rückkehr zur imperialen Machtpolitik – aber zur politischen Mündigkeit. „Smart Power“ bedeutet, wirtschaftliche Stärke, militärische Abschreckung und kulturelle Attraktivität zu verbinden. Einfluss entsteht nicht durch Appelle, sondern durch Autorität.

## **Ein Kontinent zwischen Dekadenz und Wiedergeburt**

Europa steht an einem Scheideweg. Entweder es bleibt das postheroische Projekt einer saturierten Wohlstandsgesellschaft, die Konflikte verdrängt, bis sie von ihnen überrollt wird oder es begreift Macht wieder als Voraussetzung der Freiheit.

Deutschland muss lernen, Verantwortung nicht nur zu predigen, sondern zu tragen. Europa muss lernen, Macht nicht zu fürchten, sondern zu formen. Die Zukunft gehört nicht jenen, die den moralischen Zeigefinger heben, sondern jenen, die handeln.

Die Welt ist nicht moralisch, sie ist strategisch. Wer bestehen will, muss beides sein: moralisch im Ziel, realistisch im Mittel.

**Soft Power is no Power – unless you can defend it.**